

Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

und Anzeiger

Erscheint jeden Sonntag nachmittags. — Fernspr. Nr. 11. Postfachkonto Leipzig 23 484. — Gemeindegeldkonto 14. — Bankkonten: Commerz- und Privat-Bank Zweigstelle Hohenstein-Ernstthal — Darmstädter und Nationalbank Zweigstelle Hohenstein-Ernstthal. — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nicht zurückschickt. — Einwendungen ohne Namensnennung finden keine Aufnahme.

Bei Klagen, Konkursen, Vergleichs usw. wird der Bruttobetrag in Rechnung gestellt. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung, der Lieferanten oder der Beförderungsanstaltungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Hohenstein-Ernstthaler Zeitung, Nachrichten und Neueste Nachrichten

Generalanzeiger für Hohenstein-Ernstthal mit Gittinggrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Gernsdorf, Bernsdorf, Mülsdorf, Langenberg, Meinsdorf, Falken, Langenschursdorf, Reichenbach, Callenberg, Grumbach, Litzscheln, Ruffschappel, St. Egidien, Wästenbrand, Gräna, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Pleiße und Ruffdorf.



Dieses Blatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts, des Finanzamts und des Stadtrats zu Hohenstein-Ernstthal, sowie der Behörden der umliegenden Ortschaften behördlicherseits bestimmte Blatt.

Druck und Verlag von Dr. Alban Frick.

Nr. 173

Der Raum des Willkommens der einseitigen Anzeigen kostet 1/2 Pf., der einseitigen Reklame 1/8 Pf. Für den Nachweis werden 25 Goldpfennige berechnet.

Donnerstag, den 26. Juli 1928

Bezugspreis halbjährlich 80 Goldpfennige einschließlich Frachtkosten.

78. Jahrg.

Der Fall Lambach

Monarchie und Deutschnationale Volkspartei
Berlin, 25. Juli

Der deutschnationale preussische Landtagsabgeordnete Dr. v. Winterfeld veröffentlicht in der „Deutschen Tageszeitung“ einen Artikel Monarchie und Deutschnationale Volkspartei, in dem er sich insbesondere mit der Stellungnahme einzelner deutschnationaler Studentengruppen zu diesem Problem beschäftigt. Der Abgeordnete ist der Auffassung, daß die Überzeugung, die Konstitutionelle Monarchie sei für Deutschland die beste Staatsform, Allgemeingut der Deutschnationalen sei und nicht etwa nur die Auffassung des rechten Flügels der Partei. Alle Deutschnationalen, auch diejenigen, die noch so sehr mit Gefühl und Verstand die Wiedererrichtung der Monarchie herbeisehnten, seien aber der Ansicht, daß die Zeit hierfür jetzt nicht reif sei, daß ein deutscher Kaiser schon allein wegen der Abhängigkeit Deutschlands vom Ausland heute nicht denkbar sei. Geschlossen würden die Deutschnationalen auch jetzt am Vaterland und für das Vaterland mitarbeiten, unabhängig von der bestehenden Staatsform. Auch sie wüßten, daß nicht alles so werden würde, wie es einst gewesen sei. Das Wort „Konsernation“ bedeute nicht einfach Wiederherstellung des Alten, sondern Aufbau auf dem Guten und Gesunden der alten Zeit. Wenn man die Dinge so sehe, erscheine der Streit über Monarchismus innerhalb der Partei zurzeit als völlig verfehlt.

Fühlungnahme Lambachs mit seinen politischen Freunden
Berlin, 25. Juli

Wie der „Dresd. Anz.“ von unterrichteter Seite erfährt, hat der Abgeordnete Lambach gegen seinen Ausschluß aus der Partei bisher noch nicht Berufung eingelegt. Es ist wahrscheinlich, daß Lambach diesen Schritt unternehmen wird. Er hat aber zunächst die Absicht, sich erst mit seinen Freunden aus der Reichstagsfraktion zu besprechen, um seine weiteren Entschlüsse in enger Fühlung mit ihnen zu treffen. Wegen der augenblicklichen Ferienzeit werden diese Besprechungen erst in acht bis vierzehn Tagen beginnen können. Das Parteigericht muß dann sachungsgemäß innerhalb der nächsten vier Wochen seine Entscheidung fällen. In führenden Kreisen der Deutschnationalen Partei rechnet man damit, daß Eggelens Herzog dazu bewegen werden wird, den Vorsitz des Parteigerichtes doch wieder zu übernehmen. Wenn — so schreibt der „Dresd. Anz.“ — ein Berliner Mittagsblatt offizielle Kundgebungen des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, dessen Führer der Abgeordnete Lambach ist, und des Deutschen Gewerkschaftsbundes, dem er ebenfalls führend angehört, ankündigt, so erfahren wir aus der Umgebung des Abgeordneten Lambach, daß irgendwelche Beschlüsse in dieser Richtung noch nicht vorliegen, und daß sie ebenfalls aus Gründen der Ferienzeit auch kaum sehr schnell zu erwarten sind. Die Möglichkeit solcher Kundgebungen wird allerdings nicht in Abrede gestellt.

Jeune-Jung protestiert

Berlin, 25. Juli

Der Reichstagsabgeordnete Jeune-Jung hat an den Vorsitzenden des Landesverbandes Potsdam II der Deutschnationalen Volkspartei Stadtrat Steinhoff, M. d. L., ein Schreiben gerichtet, in dem er darauf hinweist, daß die Reichstagsfraktion den Artikel Lambachs mißbilligt, auf die Aufnahme der Fraktionsgemeinschaft aber verzichtet habe. Er habe dieser Mißbilligung zugestimmt. Infolge der davon ab-

Bayern und die Reichsbahn

Die Unglücksfälle vor dem bayrischen Landtag
München, 25. Juli

Im Bayrischen Landtag wurde Mittwoch nachmittag die Interpellation über das Eisenbahnunglück im Münchener Hauptbahnhof beraten.

Schon bei Eröffnung der Sitzung hatte der Präsident Dr. Königsbauer der Trauer des Landtages Ausdruck gegeben und hinzugefügt, die bayerische Volksvertretung müsse verlangen, daß die Ursachen der vielen Eisenbahnunfälle rücksichtslos aufgeklärt und die Sicherheit des Reiseverkehrs auf bayerischem Boden mit allen nur möglichen Mitteln gewährleistet werde.

Die Interpellation der Bayerischen Volkspartei wurde von dem Abgeordneten Breitenbach begründet, der sich namentlich gegen die Personaleinsparungspolitik der Reichsbahngesellschaft wandte und forderte, daß gegenüber der Sicherstellung des Verkehrs alle anderen Rücksichten zurücktreten müßten, auch die Reparationsverpflichtungen.

Ministerpräsident Dr. Held

antwortete, die bayerische Regierung werde dahin wirken, daß nicht nur die Schuldfrage des Einzelfalles geklärt werde, sondern daß darüber hinaus eine umfassende Untersuchung und Aufklärung stattfinde, die sich auf alle Verhältnisse erstreckt, durch die die Unfälle ermöglicht worden sein könnten, und daß im Verfolg dieser Untersuchung alsbald alle Maßnahmen erörtert und durchgeführt werden, die die Unfälle, soweit es überhaupt im menschlichen Vermögen stehe, in Zukunft vermeiden ließen.

Es herrsche stark der Eindruck vor, daß es die Deutsche Reichsbahngesellschaft an einer umfassenden Klärstellung der Verhältnisse hinsichtlich der Betriebssicherheit trotz der auffallenden Häufung der Unfälle habe scheitern lassen. Die bayerische Staatsregierung gehe mit allen Anträgen des Landtages einig, die darauf abzielten, daß

eine weitgehende Untersuchung und Klärstellung stattfinde. Die Untersuchung müßte sich auch auf die Mängel erstrecken, die bei den letzten Unglücksfällen in Bayern besonders offensichtlich geworden seien, wie die Frage der Personaleinsparung, der Dienst- und Ruhezeit des Personals, insbesondere aber auch die Frage, ob in der Nachkriegszeit die Instandhaltung, Verbesserungen, Erneuerung, Um- und Neubauten in einem Umfang erfolgt seien, daß nicht nur die großen Schäden der Kriegszeit wieder gutgemacht, sondern auch dem gesteigerten Verkehr den Erfordernissen der modernen Zeit und der fortgeschrittenen Technik Genüge getan worden seien.

Es werde auch an der Frage nicht vorübergegangen werden können, ob die größeren Reparationslasten, die der Reichsbahn aufgebürdet seien, es nicht erschwert hätten, daß notwendige Bauten, wie der Um- und Neubau des Münchener Hauptbahnhofes, ausgeführt werden könnten. Es sei auch der Zweifel berechtigt, ob nicht die strikte Zentralisation des gesamten Eisenbahnwesens, wie sie in der Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft einerseits und dem Reichsverkehrsministerium andererseits durchgeführt sei, zu einer Schwächung und Vernachlässigung der entlegeneren Teile des Reichsbahnnetzes führe. Je nach dem Ergebnis der Untersuchung des Reichsverkehrsministeriums werde sich die Bayerische Regierung ihre weitere Stellungnahme und die weiteren Schritte vorbehalten.

Im Verlauf der weiteren Aussprache nahm dann der Landtag einen deutschnationalen Antrag auf Untersuchung der Ursachen der letzten Eisenbahnkatastrophen in Bayern, einen Antrag der Nationalsozialisten auf Herausgabe einer Statistik der Streckenunterhaltungskosten und einen Antrag der Kommunisten auf Durchführung der achtstündigen Arbeitszeit bei der Reichsbahn an.

weichenden Haltung des Vorstandes des Landesverbandes Potsdam II, der Lambach aus der Partei ausgeschlossen habe, lege er sein Parteiamt als Vorsitzender der Ortsgruppe Halensee nieder.

Die „Hamburger Nachrichten“ zum Fall Lambach
Hamburg, 26. Juli

Die „Hamburger Nachrichten“ nehmen am Mittwochabend in einem Leitartikel zu dem Ausschluß Lambachs aus der Deutschnationalen Volkspartei Stellung und schreiben u. a.: „Wir hoffen, daß das Urteil des Potsdamer Landesverbandes von der Berufungsinstanz revidiert werden wird. Die Deutschnationale Volkspartei ist unseres Erachtens nicht fest genug gefügt, um schwere innere Erschütterungen zu ertragen.“

Endlich eine Regierung in Bayern

München, 26. Juli

Nachdem der Bauernbund die Vorschläge der Bayerischen Volkspartei wegen der Bildung des Ministeriums für Landwirtschaft und Arbeit sowie der Bestellung eines politischen Staatssekretärs für die sozialen Angelegenheiten und die Bayerische Volkspartei ihrerseits die Bedingungen des Bauernbundes, daß die Regelung der Stellvertretung auch in diesem Ministerium dem Minister selbst verbleibt, angenommen hat, ist Mittwochnachmittag in einer kurzen Sitzung der Unterhändler die Koalition zwischen

Bayrischer Volkspartei, Deutschnationalen und Bauernbund zum Abschluß gelangt. In einer auf Donnerstag abendräumten weiteren Koalitionsitzung soll noch das Regierungsprogramm festgelegt werden. Die Wahl des Ministerpräsidenten wird noch in dieser Woche vor sich gehen können. Vor der Bestellung des neuen Kabinetts muß der Landtag noch die formelle Wiederberufung der Ministerien durch Gesetz genehmigen, nämlich die Aufhebung des Landwirtschafts-, des Sozial- und des Handelsministeriums und dann die Zusammenlegung der beiden ersteren zu einem Ministerium für Landwirtschaft und Arbeit und die Einverleibung des Handelsministeriums in das Ministerium des Neuherrn. Das neue Kabinett wird sich also zusammensetzen: Neuherr: Ministerpräsident Held, Inneres: Dr. Stuebel, Kultus: Dr. Goldenberger, Finanzen: Dr. Schmelze, Justiz: Dr. Guertner, Landwirtschaft und Arbeit: Dr. Fehr. Das Staatssekretariat im bisherigen Handelsministerium, das der deutschnationale Freiherr von Welfer innehatte, wird abgebaut.

Die Manöver in Schlesien

Berlin, 25. Juli

Wie aus Breslau gemeldet wird, ist für die diesjährigen schlesischen Herbstmanöver der Reichswehr folgende Kriegslage vorgegeben: Eine blaue Partei, die von dem

Kreise Löwenberg heranmarschiert, steht einer roten Partei, die von der schlesischen Grenze im Anmarsch ist, gegenüber. Die ersten Gefechte sind auf der Linie Baun-Loßbau, die späteren in dem Dreieck Görlitz-Lauban-Greifenberg-Löwenberg zu erwarten. Wahrscheinlich werden die verteidigten und als Uebergang wichtigen Ufer des Queis und seiner Nebenflüsse ebenfalls in der Gefechtszone liegen. Reichspräsident v. Hindenburg wird zu den Manövern bestimmt erwartet und wird beim Grafen von Finckenstein in Schönbrunn, die Oberste Heeresleitung in Lauban, Quartier nehmen.

Eine unerhörte Forderung der Franzosen

Beantragte Auslieferung von vier Deutschen
Landau, 25. Juli

Auf Grund des Artikels 4 des Rheinlandabkommens und der Ordnung 2 hat die französische Besatzungsbehörde an die deutsche Regierung das Verlangen gestellt, die am 11. Juli dieses Jahres vom französischen Kriegsgericht in Landau unter der Anschuldigung, die französische Fahne von dem Offizierskasino in Zweibrücken herabgerissen zu haben, in Abwesenheit zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilten drei deutschen Staatsangehörigen, Bader Weich und die Arbeiter Schimmel und Lutz auszuliefern. Die drei Angeklagten hatten sich der ihnen drohenden Verhaftung dadurch entzogen, daß sie sich auf unbefestetes Gebiet begaben. Weiterhin ist von der französischen Besatzungsbehörde die Auslieferung des vom französischen Kriegsgericht in Landau am 16. Juli ebenfalls im Abwesenheitsverfahren wegen des sogenannten Maximiliansau-Zwischenfalls am 3. Juni unter der Anklage der Gewalttätigkeit gegenüber einem französischen Offizier zu zwei Jahren Gefängnis und 200 Franken Geldstrafe verurteilten Arbeiters Metz aus Neupoh verlangt worden.

Eine Denkschrift an den Papst

318 Südtirol Priester fordern den deutschen Religionsunterricht

Innsbruck, 25. Juli

Der Klerus des deutschen Teiles der Diözese Trient hat ein neues, von allen Seelsorgepriestern unterfertigtes Schreiben an den Papst gerichtet und durch eine nach Rom übersandte Abordnung dem Heiligen Stuhl eine Denkschrift über die durch das Verbot des Religionsunterrichts in der Muttersprache geschaffene Lage überreichen lassen. In der Denkschrift heißt es: „Es sei unmöglich, den 18 000 deutschen Kindern den Religionsunterricht in italienischer Sprache zu erteilen. Die Kinder verstehen die italienische Sprache nicht. In 79 Seelsorgegemeinden befindet sich überhaupt kein einziges Schulkind mit italienischer Muttersprache. In jenen Orten, in denen seit mehreren Jahren der Religionsunterricht in der Muttersprache verboten ist, zeigt sich eine erschreckende Zunahme religiöser Unwissenheit und sittlicher Verwilderung der Jugend.“ In der Denkschrift wird gefordert, den katholischen Religionslehrern wie den Kindern die Verwendung deutscher Religionsbücher zu gestatten, die in letzter Zeit geübte unwürdige Kontrolle über die Religionslehrer aufzuheben und den Eltern das Recht einzuräumen, zu bestimmen, ob ihre Kinder dem deutschen oder dem italienischen Religionsunterricht zugeteilt werden sollen. Sollte es nicht gelingen, die Erlaubnis zu Erteilung des Religionsunterrichts in der Mutter-